

## **Kleine Anfrage**

**des Abg. Nico Weinmann FDP/DVP**

**und**

## **Antwort**

**des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung  
und Kommunen**

### **Skinheads und rechtsextreme Szene im Kreis Ludwigsburg**

#### **Kleine Anfrage**

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Personen umfasst nach ihrer Kenntnis die rechtsextreme Szene im Landkreis Ludwigsburg, aufgeschlüsselt über die jährliche Entwicklung seit 2018?
2. Welchen Gruppierungen bzw. Phänomenbereichen (bspw. Skinheads, Identitäre, Reichsbürger) innerhalb des rechtsextremen Spektrums gehören diese Personen an?
3. Welche konkreten Gefahren gehen von den rechtsextremen Personen und Personenzusammenschlüssen im Landkreis Ludwigsburg aus (unter Beachtung einschlägiger Vorfälle innerhalb der letzten zehn Jahre)?
4. Welche Vorfälle (Gewalttaten, Auseinandersetzungen, Fälle von Einschüchterung, Propagandadelikte, sonstige Taten) wurden in den vergangenen fünf Jahren im Landkreis Ludwigsburg durch rechtsextreme Täter registriert (unter Angabe von Tat, Tatzeit, Täterkreis, Täterzahl, Opfern und eingeleiteter Verfahren, wenn möglich auch Verfahrensausgang)?
5. Welche Erkenntnisse hat sie über konkrete Verbindungen der rechtsextremen Personen und Personenzusammenschlüsse im Landkreis Ludwigsburg zu anderen rechtsextremen Akteuren und Aktivitäten landesweit, bundesweit und international?
6. Welche Erkenntnisse hat sie zu Szenetreffs und von Rechtsextremen genutzten Immobilien im Landkreis Ludwigsburg (unter Angabe von Ort, Art der szenerelevanten Nutzung und ggf. dort stattgefundenen Veranstaltungen, insbesondere Musikveranstaltungen)?

7. Welche Erkenntnisse hat sie über Rechtsextreme im Landkreis Ludwigsburg, die sich offen als Szeneangehörige zu erkennen geben, insbesondere als Skinheads?
8. Welche Botschaft möchten ihrer Meinung nach Personen vermitteln, wenn sie sich für jedermann offen als Anhänger rechtsextremistischen bzw. neonationalsozialistischen Gedankenguts zu erkennen geben?
9. Wie geht sie mit der rechtsextremen Szene im Landkreis Ludwigsburg um, insbesondere der offen auftretenden?
10. Welche Maßnahmen will sie im Falle der Realisierung einer Landeserstaufnahmestelle in Ludwigsburg unternehmen, um angesichts möglicher rechtsextremer Aktivitäten vor Ort die Bewohner zu schützen und gesamtgesellschaftlichen Rückhalt für die LEA zu gewinnen?

9.11.2023

Weinmann FDP/DVP

#### Begründung

Bereits in den Untersuchungsausschüssen des Landtags zu den NSU-Morden wurden Verbindungen des Trios bis in den Landkreis Ludwigsburg nachgewiesen. In letzter Zeit scheint nach Ansicht der Fragesteller hier ein Wiedererstarken des Skinheadszenes zu beobachten zu sein. Darum soll mit dieser Kleinen Anfrage der Zustand der rechtsextremen Szene im Kreis Ludwigsburg erfragt und der Umfang damit erhellt werden.

#### Antwort

Mit Schreiben vom 4. Dezember 2023 Nr. IM6-0141-57 beantwortet das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen im Einvernehmen mit dem Ministerium der Justiz und für Migration die Kleine Anfrage wie folgt:

1. *Wie viele Personen umfasst nach ihrer Kenntnis die rechtsextreme Szene im Landkreis Ludwigsburg, aufgeschlüsselt über die jährliche Entwicklung seit 2018?*
2. *Welchen Gruppierungen bzw. Phänomenbereichen (bspw. Skinheads, Identitäre, Reichsbürger) innerhalb des rechtsextremen Spektrums gehören diese Personen an?*

Zu 1. und 2.:

Die Fragen 1 und 2 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Das Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg (LfV) weist grundsätzlich keine nach Landkreisen aufgeschlüsselten Personenpotenziale extremistischer Gruppierungen aus. Qualifizierte Ausführungen wären allenfalls mittels einer Aktenauswertung möglich, die in der für die Bearbeitung von parlamentarischen Anfragen zur Verfügung stehenden Zeit und mit verhältnismäßigem Aufwand nicht geleistet werden kann. Vor diesem Hintergrund ist auch eine perso-

nenscharfe Zuordnung nicht möglich. Im Allgemeinen kann jedoch Folgendes mitgeteilt werden:

Das LfV rechnet im Regierungsbezirk Stuttgart aktuell ca. 710 Personen dem rechtsextremistischen Phänomenbereich zu. Dabei sind Personen aus allen Kategorien des Phänomenbereichs vertreten; dazu zählt der „gewaltorientierte Rechtsextremismus“, „rechtsextremistische Parteien“ sowie der „nicht-parteegebundene Rechtsextremismus“. In Bezug auf den Landkreis Ludwigsburg ist anzumerken, dass im Jahr 2022 z. B. Aktivitäten der „Jungen Alternative Baden-Württemberg“ (Verdachtsfall), der „Neue Stärke Partei“ und „Der Dritte Weg“ zu verzeichnen waren. Allgemein konnte das LfV jedoch nicht viele rechtsextremistische Aktivitäten im Landkreis Ludwigsburg feststellen.

Dem Milieu der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ werden im Regierungsbezirk Stuttgart ca. 1 300 Personen zugerechnet. Das Personenpotenzial ist in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen (2018: 800; 2019: 950; 2020: 1 000; 2021: 1 050; 2022: 1 300). Im Landkreis Ludwigsburg sind überwiegend Einzelpersonen aktiv. Aktivitäten von Gruppierungen, die das LfV dem Phänomenbereich „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ zuordnet, waren in den letzten Jahren kaum zu beobachten.

*3. Welche konkreten Gefahren gehen von den rechtsextremen Personen und Personenzusammenschlüssen im Landkreis Ludwigsburg aus (unter Beachtung einschlägiger Vorfälle innerhalb der letzten zehn Jahre)?*

*4. Welche Vorfälle (Gewalttaten, Auseinandersetzungen, Fälle von Einschüchterung, Propagandadelikte, sonstige Taten) wurden in den vergangenen fünf Jahren im Landkreis Ludwigsburg durch rechtsextreme Täter registriert (unter Angabe von Tat, Tatzeit, Täterkreis, Täterzahl, Opfern und eingeleiteter Verfahren, wenn möglich auch Verfahrensausgang)?*

Zu 3. und 4.:

Die Fragen 3 und 4 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die statistische Erfassung Politisch motivierter Kriminalität (PMK) erfolgt auf der Grundlage des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes Politisch motivierte Kriminalität (KPMD-PMK). Mit Beschluss der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder vom 10. Mai 2001 sind rückwirkend zum 1. Januar 2001 mit dem „Definitionssystem Politisch motivierte Kriminalität“ und den „Richtlinien für den Kriminalpolizeilichen Meldedienst in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ die bundesweit einheitlich geltenden Kriterien zur Definition und Erfassung politisch motivierter Straftaten in Kraft gesetzt worden. Diese beinhalten unter anderem bundeseinheitlich vereinbarte Katalogwerte (Themenfelder, Angriffsziele und Tatmittel), die statistisch auswertbar sind. Jedem im KPMD-PMK erfassten Fall liegt somit ein eingeleitetes Ermittlungsverfahren zugrunde.

Die Begriffe „Personenzusammenschlüsse“, „Auseinandersetzungen“, „Fälle von Einschüchterung“ und „Täterkreis“ stellen keine statistisch auswertbaren Erfassungskriterien des KPMD-PMK dar. Ebenso erfolgt keine automatisierte Auswertung der jeweiligen Anzahl an Tatverdächtigen bzw. „Täterzahl“ zu den im KPMD-PMK registrierten Einzelsachverhalten. Eine händische Auswertung der Anzahl der Tatverdächtigen je Einzelsachverhalt kann in der für die Bearbeitung von parlamentarischen Anfragen zur Verfügung stehenden Zeit und mit verhältnismäßigem Aufwand nicht geleistet werden.

Aufgrund der konkreten Anfrage nach „Vorfällen [...] durch rechtsextreme Täter“ wurden hilfsweise die im Phänomenbereich der PMK -rechts- in den Jahren 2018 bis 2022 sowie bis zum dritten Quartal im Jahr 2023 registrierten politisch motivierten Straftaten im Landkreis Ludwigsburg ausgewertet.

Der Vollständigkeit halber ist darauf hinzuweisen, dass ein Sachverhalt, der nicht einem speziellen Phänomenbereich zugeordnet werden kann, im Phänomenbereich PMK -nicht zuzuordnen- zu erfassen ist (zum 1. Januar 2023 wurde der Phänomenbereich PMK -nicht zuzuordnen- in den inhaltsgleichen Phänomenbereich PMK -sonstige Zuordnung- umbenannt). Relevant sind stets die Erkenntnisse zum konkreten Sachverhalt. Nur im Rahmen einer Einzelfallbetrachtung ist die sachgerechte Zuordnung einer politisch motivierten Tat zu einem Phänomenbereich möglich.

Einen Überblick zur jeweiligen Anzahl der im KPMD-PMK erfassten Straftaten der PMK -rechts- im Landkreis Ludwigsburg für die Jahre 2018 bis einschließlich drittes Quartal 2023, differenziert nach Delikten, ist der nachstehenden Tabelle zu entnehmen. Eine detaillierte Auflistung im Sinne der Fragestellung ist am Ende der Beantwortung in Form einer Tabelle zu entnehmen.

Straftaten im Landkreis Ludwigsburg	Phänomenbereich PMK -rechts-						
	2018	2019	2020	2021	2022	3. Quartal 2023	Gesamt
<b>Gewalttaten</b>	<b>1</b>		<b>2</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>7</b>
Körperverletzungen	1		2	1	1	2	7
<b>Propagandadelikte</b>	<b>44</b>	<b>44</b>	<b>42</b>	<b>37</b>	<b>60</b>	<b>41</b>	<b>268</b>
§§ 86, 86a StGB	44	44	42	37	60	41	268
<b>Sonstige Straftaten</b>	<b>43</b>	<b>50</b>	<b>58</b>	<b>34</b>	<b>31</b>	<b>16</b>	<b>232</b>
§§ 130, 131 StGB	36	46	43	32	20	7	184
§§ 185 ff StGB	5	4	6	1	2	5	23
§§ 240, 241 StGB			2	1	2		5
§§ 303 ff StGB	1		1			2	4
§ 111 StGB			1		1	1	3
§ 123 StGB					1		1
§ 140 StGB			1		3		4
§ 166 StGB	1		2			1	4
§ 243 StGB			1				1
Sprengstoffgesetz					1		1
Waffengesetz			1				1
Versammlungsgesetz					1		1
<b>Terrorismus</b>					<b>1</b>		<b>1</b>
§§ 129a ff, 89a ff, 91 StGB					1		1
<b>Gesamt</b>	<b>88</b>	<b>94</b>	<b>102</b>	<b>72</b>	<b>93</b>	<b>59</b>	<b>508</b>

Politisch motivierte Straftaten im Phänomenbereich PMK -rechts- im Kreis Ludwigsburg liegen in den Jahren 2018 bis 2022 im hohen zweistelligen bzw. niedrigen dreistelligen Bereich. Der deliktische Schwerpunkt liegt im Betrachtungszeitraum bei Propagandadelikten und Volksverhetzungen. Im gesamten Betrachtungszeitraum wurden sieben Gewalttaten registriert.

Im Hinblick auf das laufende Jahr 2023 ist grundsätzlich zu berücksichtigen, dass die Fallzahlen sämtlicher politisch motivierter Straftaten mitunter unterjährigen Veränderungen unterliegen, da die zugrundeliegenden Straftaten regelmäßig noch Gegenstand laufender Ermittlungen sind und einzelne Straftaten im KPMD-PMK noch nicht erfasst sind. Unterjährige Fallzahlen haben somit vorläufigen Charakter und ermöglichen lediglich eine Trendaussage. Bis einschließlich drittes Quartal wurde im Jahr 2023 eine mittlere zweistellige Zahl politisch motivierter Straftaten erfasst. Hierbei deutet sich für das Jahr 2023 eine ähnliche Entwicklung wie in den Vorjahren an.

Der „extremistischen Kriminalität“ werden Straftaten zugeordnet, bei denen tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind. Nicht alle politisch motivierten Straftaten sind als extremistisch einzuordnen. Von den vorbezeichneten 508 Fällen der PMK wurden 488 Fälle als „extremistisch“ erfasst.

Das Angriffsziel einer politisch motivierten Straftat im Sinne des KPMD-PMK ist das „Objekt“ (Ort, Sache, Institution, Veranstaltung oder Person), welches aufgrund einer festgestellten oder sich aus Phänomenbereich und ggf. Themenfeld ergebenden Motivation heraus direkt und/oder inhaltlich gezielt angegriffen wird. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass eine Straftat auch mehreren Angriffszielen zugeordnet werden kann. Bei Betrachtung der insgesamt 283 vergebenen Angriffsziele richteten sich die im Betrachtungszeitraum registrierten Straftaten der PMK -rechts- im Landkreis Ludwigsburg überwiegend gegen Religionsgemeinschaften bzw. religiöse Repräsentanten, gegen Asylbewerber bzw. Flüchtlinge, gegen den Staat sowie gegen Amtsträger und die Polizei.

Als Tatverdächtiger wird im KPMD-PMK geführt, wer nach dem polizeilichen Ermittlungsstand aufgrund zureichender, tatsächlicher Anhaltspunkte verdächtig ist, eine rechtswidrige (Straf-)Tat begangen zu haben. Dazu zählen auch Mittäter, Anstifter und Gehilfen. In 171 von 508 im Betrachtungszeitraum erfassten Fälle wurden Tatverdächtige ermittelt. Unabhängig davon, ob ein Täter im konkreten Einzelfall ermittelt werden kann, wird grundsätzlich jede polizeilich registrierte Straftat zur justiziellen Entscheidung an die jeweils zuständige Staatsanwaltschaft vorgelegt. Das Ergebnis der dortigen Bearbeitung ist jedoch kein Erfassungsmerkmal des KPMD-PMK.

Die Strafverfolgungsstatistik erfasst Verurteilungen durch baden-württembergische Strafgerichte nach bestimmten Straftatbeständen des Strafgesetzbuchs oder des Nebenstrafrechts. Eine differenzierte Erfassung nach einzelnen Tatmodalitäten, der Zugehörigkeit des Verurteilten zu einer politischen Gruppierung oder nach dessen Tatmotivation findet nicht statt. Diese Grundsätze gelten auch für die Erfassung von Ermittlungsverfahren in den staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregistern. Die bundeseinheitlich geführte Sonderstatistik „Ermittlungsverfahren wegen rechtsextremistischer/fremdenfeindlicher Straftaten“ ermöglicht keine landkreisbezogene Auswertung. Eine händische Aktenauswertung staatsanwaltschaftlicher bzw. gerichtlicher Akten ist innerhalb der zur Beantwortung parlamentarischer Anfragen zur Verfügung stehenden Zeit angesichts des jährlichen staatsanwaltschaftlichen und gerichtlichen Fallaufkommens nicht mit verhältnismäßigem Aufwand leistbar.

Folgende politisch motivierte Straftaten wurden in den Jahren 2018 bis 2022 sowie bis zum dritten Quartal im Jahr 2023 im Landkreis Ludwigsburg im Phänomenbereich der PMK -rechts- im KPMD-PMK im Einzelnen erfasst:

<b>Phänomenbereich PMK -rechts- im Landkreis Ludwigsburg</b>		
<b>Tatzeit</b>	<b>Tatbestand</b>	<b>Tatverdächtige(r) bekannt</b>
<b>2018</b>		
10.01.2018	§ 130 StGB	Nein
10.01.2018	§ 86a StGB	Nein
16.01.2018	§ 130 StGB	Ja
04.02.2018	§ 86a StGB	Nein
06.02.2018	§ 130 StGB	Nein
06.02.2018	§ 130 StGB	Nein
07.02.2018	§ 130 StGB	Nein
09.02.2018	§ 130 StGB	Nein
14.02.2018	§ 130 StGB	Nein
20.02.2018	§ 185 StGB	Ja
21.02.2018	§ 130 StGB	Nein
09.03.2018	§ 86a StGB	Nein
10.03.2018	§ 86a StGB	Nein
17.03.2018	§ 86a StGB	Nein
18.03.2018	§ 86a StGB	Nein
24.03.2018	§ 130 StGB	Ja
11.04.2018	§ 86a StGB	Nein
12.04.2018	§ 86a StGB	Nein
13.04.2018	§ 86a StGB	Ja
20.04.2018	§ 86a StGB	Ja
25.04.2018	§ 86a StGB	Nein
26.04.2018	§ 86a StGB	Nein
01.05.2018	§ 86a StGB	Ja
07.05.2018	§ 130 StGB	Nein
13.05.2018	§ 166 StGB	Nein
14.05.2018	§ 86a StGB	Ja
14.05.2018	§ 86a StGB	Ja
16.05.2018	§ 130 StGB	Ja
20.05.2018	§ 130 StGB	Nein
27.05.2018	§ 185 StGB	Ja
28.05.2018	§ 185 StGB	Ja
29.05.2018	§ 86a StGB	Nein
01.06.2018	§ 86a StGB	Nein
04.06.2018	§ 86a StGB	Nein
11.06.2018	§ 130 StGB	Nein
16.06.2018	§ 130 StGB	Nein
18.06.2018	§ 86a StGB	Nein
18.06.2018	§ 86a StGB	Ja
25.06.2018	§ 130 StGB	Ja
27.06.2018	§ 185 StGB	Ja
02.07.2018	§ 130 StGB	Ja
11.07.2018	§ 86a StGB	Nein
15.07.2018	§ 130 StGB	Nein
16.07.2018	§ 86a StGB	Ja
22.07.2018	§ 130 StGB	Nein

06.08.2018	§ 86a StGB	Nein
08.08.2018	§ 304 StGB	Nein
11.08.2018	§ 130 StGB	Nein
12.08.2018	§ 130 StGB	Nein
17.08.2018	§ 223 StGB	Ja
19.08.2018	§ 130 StGB	Nein
19.08.2018	§ 130 StGB	Ja
20.08.2018	§ 86a StGB	Nein
22.08.2018	§ 130 StGB	Nein
23.08.2018	§ 86a StGB	Nein
23.08.2018	§ 86a StGB	Nein
31.08.2018	§ 130 StGB	Nein
05.09.2018	§ 130 StGB	Nein
05.09.2018	§ 86a StGB	Nein
07.09.2018	§ 86a StGB	Ja
09.09.2018	§ 130 StGB	Nein
18.09.2018	§ 185 StGB	Nein
21.09.2018	§ 86a StGB	Nein
26.09.2018	§ 130 StGB	Nein
27.09.2018	§ 130 StGB	Nein
30.09.2018	§ 130 StGB	Nein
02.10.2018	§ 130 StGB	Nein
02.10.2018	§ 86a StGB	Nein
04.10.2018	§ 130 StGB	Nein
04.10.2018	§ 86a StGB	Nein
04.10.2018	§ 86a StGB	Nein
05.10.2018	§ 86a StGB	Nein
05.10.2018	§ 86a StGB	Nein
06.10.2018	§ 86a StGB	Nein
08.10.2018	§ 130 StGB	Nein
10.10.2018	§ 86a StGB	Nein
14.10.2018	§ 86a StGB	Nein
14.10.2018	§ 86a StGB	Nein
30.10.2018	§ 86a StGB	Ja
31.10.2018	§ 86a StGB	Ja
03.11.2018	§ 86a StGB	Nein
07.11.2018	§ 130 StGB	Ja
21.11.2018	§ 86a StGB	Nein
11.12.2018	§ 130 StGB	Nein
11.12.2018	§ 130 StGB	Ja
18.12.2018	§ 130 StGB	Nein
25.12.2018	§ 86a StGB	Nein
27.12.2018	§ 86a StGB	Ja
<b>2019</b>		
04.01.2019	§ 185 StGB	Ja
04.01.2019	§ 86a StGB	Nein
07.01.2019	§ 86a StGB	Ja
11.01.2019	§ 130 StGB	Nein
22.01.2019	§ 130 StGB	Nein

27.01.2019	§ 86a StGB	Nein
29.01.2019	§ 130 StGB	Nein
29.01.2019	§ 86a StGB	Nein
10.02.2019	§ 130 StGB	Nein
17.02.2019	§ 130 StGB	Nein
18.02.2019	§ 86a StGB	Nein
22.02.2019	§ 130 StGB	Ja
22.02.2019	§ 86a StGB	Ja
26.02.2019	§ 130 StGB	Ja
27.02.2019	§ 86a StGB	Nein
01.03.2019	§ 130 StGB	Nein
04.03.2019	§ 86a StGB	Nein
05.03.2019	§ 130 StGB	Nein
06.03.2019	§ 130 StGB	Ja
07.03.2019	§ 86a StGB	Ja
15.03.2019	§ 130 StGB	Nein
15.03.2019	§ 130 StGB	Ja
22.03.2019	§ 130 StGB	Nein
29.03.2019	§ 185 StGB	Ja
12.04.2019	§ 86a StGB	Ja
14.04.2019	§ 86a StGB	Nein
19.04.2019	§ 130 StGB	Nein
21.04.2019	§ 86a StGB	Nein
23.04.2019	§ 86a StGB	Nein
30.04.2019	§ 86a StGB	Nein
30.04.2019	§ 86a StGB	Ja
07.05.2019	§ 130 StGB	Nein
07.05.2019	§ 130 StGB	Nein
08.05.2019	§ 86a StGB	Nein
15.05.2019	§ 130 StGB	Nein
17.05.2019	§ 86a StGB	Ja
21.05.2019	§ 86a StGB	Nein
23.05.2019	§ 86a StGB	Nein
29.05.2019	§ 130 StGB	Nein
14.06.2019	§ 130 StGB	Nein
14.06.2019	§ 130 StGB	Nein
14.06.2019	§ 130 StGB	Nein
16.06.2019	§ 130 StGB	Nein
20.06.2019	§ 130 StGB	Ja
26.06.2019	§ 86a StGB	Nein
27.06.2019	§ 86a StGB	Ja
02.07.2019	§ 86a StGB	Nein
02.07.2019	§ 86a StGB	Nein
04.07.2019	§ 86a StGB	Nein
04.07.2019	§ 86a StGB	Nein
05.07.2019	§ 86a StGB	Nein
05.07.2019	§ 86a StGB	Ja
06.07.2019	§ 130 StGB	Nein
08.07.2019	§ 130 StGB	Nein

09.07.2019	§ 130 StGB	Ja
09.07.2019	§ 130 StGB	Nein
14.07.2019	§ 130 StGB	Nein
15.07.2019	§ 130 StGB	Ja
18.07.2019	§ 86a StGB	Nein
19.07.2019	§ 86a StGB	Nein
21.07.2019	§ 130 StGB	Nein
02.08.2019	§ 86a StGB	Ja
03.08.2019	§ 130 StGB	Ja
05.08.2019	§ 86a StGB	Nein
08.08.2019	§ 130 StGB	Nein
13.08.2019	§ 130 StGB	Nein
15.08.2019	§ 86a StGB	Nein
06.09.2019	§ 130 StGB	Nein
06.09.2019	§ 185 StGB	Ja
10.09.2019	§ 130 StGB	Nein
10.09.2019	§ 86a StGB	Ja
12.09.2019	§ 130 StGB	Nein
17.09.2019	§ 130 StGB	Nein
18.09.2019	§ 86a StGB	Ja
20.09.2019	§ 185 StGB	Ja
22.09.2019	§ 86a StGB	Nein
24.10.2019	§ 86a StGB	Nein
29.10.2019	§ 130 StGB	Nein
03.11.2019	§ 130 StGB	Ja
04.11.2019	§ 130 StGB	Nein
06.11.2019	§ 86a StGB	Nein
12.11.2019	§ 130 StGB	Nein
15.11.2019	§ 86a StGB	Nein
18.11.2019	§ 130 StGB	Nein
22.11.2019	§ 86a StGB	Nein
25.11.2019	§ 86a StGB	Nein
26.11.2019	§ 86a StGB	Nein
28.11.2019	§ 130 StGB	Nein
04.12.2019	§ 86a StGB	Nein
07.12.2019	§ 130 StGB	Nein
16.12.2019	§ 130 StGB	Nein
21.12.2019	§ 86a StGB	Ja
27.12.2019	§ 86a StGB	Nein
30.12.2019	§ 130 StGB	Nein
<b>2020</b>		
09.01.2020	§ 130 StGB	Nein
11.01.2020	§ 86a StGB	Ja
14.01.2020	§ 130 StGB	Nein
22.01.2020	§ 130 StGB	Nein
25.01.2020	§ 130 StGB	Nein
28.01.2020	§ 130 StGB	Nein
31.01.2020	§ 130 StGB	Ja
06.02.2020	§ 86a StGB	Nein

07.02.2020	§ 130 StGB	Nein
14.02.2020	§ 86a StGB	Nein
15.02.2020	§ 130 StGB	Nein
16.02.2020	§ 86a StGB	Nein
20.02.2020	§ 140 StGB	Nein
21.02.2020	§ 86a StGB	Nein
22.02.2020	§ 130 StGB	Nein
24.02.2020	§ 130 StGB	Nein
24.02.2020	§ 130 StGB	Nein
27.02.2020	§ 86a StGB	Ja
28.02.2020	§ 130 StGB	Nein
29.02.2020	§ 130 StGB	Nein
03.03.2020	§ 130 StGB	Nein
04.03.2020	§ 130 StGB	Nein
04.03.2020	§ 86a StGB	Ja
08.03.2020	§ 111 StGB	Ja
18.03.2020	§ 130 StGB	Nein
18.03.2020	§ 86a StGB	Nein
21.03.2020	§ 130 StGB	Ja
21.03.2020	§ 130 StGB	Nein
29.03.2020	§ 86a StGB	Nein
01.04.2020	§ 86a StGB	Ja
01.04.2020	§ 86a StGB	Ja
16.04.2020	§ 130 StGB	Nein
18.04.2020	§ 130 StGB	Nein
20.04.2020	§ 86a StGB	Ja
20.04.2020	§ 86a StGB	Nein
27.04.2020	§ 86a StGB	Nein
28.04.2020	§ 130 StGB	Nein
28.04.2020	§ 86a StGB	Ja
04.05.2020	§ 130 StGB	Ja
04.05.2020	§ 130 StGB	Nein
04.05.2020	§ 243 StGB	Nein
05.05.2020	§ 86a StGB	Ja
06.05.2020	§ 130 StGB	Nein
10.05.2020	§ 86a StGB	Nein
10.05.2020	§ 86a StGB	Ja
11.05.2020	§ 185 StGB	Ja
11.05.2020	§ 86a StGB	Nein
11.05.2020	§ 86a StGB	Nein
15.05.2020	§ 130 StGB	Nein
16.05.2020	§ 86a StGB	Ja
16.05.2020	§ 166 StGB	Ja
17.05.2020	§ 185 StGB	Nein
22.05.2020	§ 130 StGB	Nein
22.05.2020	§ 166 StGB	Nein
23.05.2020	§ 223 StGB	Ja
30.05.2020	§ 241 StGB	Nein
07.06.2020	§ 130 StGB	Nein

08.06.2020	§ 224 StGB	Nein
12.06.2020	§ 130 StGB	Nein
17.06.2020	§ 130 StGB	Ja
18.06.2020	§ 130 StGB	Nein
18.06.2020	Waffengesetz	Ja
22.06.2020	§ 86a StGB	Nein
23.06.2020	§ 86a StGB	Nein
30.06.2020	§ 130 StGB	Nein
02.07.2020	§ 86a StGB	Nein
04.07.2020	§ 130 StGB	Ja
10.07.2020	§ 187 StGB	Ja
14.07.2020	§ 130 StGB	Nein
16.07.2020	§ 130 StGB	Nein
17.07.2020	§ 130 StGB	Nein
24.07.2020	§ 86a StGB	Ja
29.07.2020	§ 130 StGB	Ja
01.08.2020	§ 86a StGB	Nein
02.08.2020	§ 86a StGB	Ja
08.08.2020	§ 130 StGB	Nein
10.08.2020	§ 86a StGB	Ja
16.08.2020	§ 86a StGB	Nein
03.09.2020	§ 86a StGB	Nein
14.09.2020	§ 86a StGB	Ja
25.09.2020	§ 86a StGB	Ja
27.09.2020	§ 185 StGB	Ja
28.09.2020	§ 130 StGB	Nein
30.09.2020	§ 130 StGB	Ja
06.10.2020	§ 86a StGB	Ja
12.10.2020	§ 130 StGB	Nein
14.10.2020	§ 86a StGB	Nein
14.10.2020	§ 86a StGB	Ja
14.10.2020	§ 86a StGB	Ja
15.10.2020	§ 86a StGB	Nein
18.10.2020	§ 303 StGB	Nein
20.10.2020	§ 86a StGB	Ja
21.10.2020	§ 130 StGB	Nein
30.10.2020	§ 241 StGB	Nein
31.10.2020	§ 130 StGB	Nein
12.11.2020	§ 86a StGB	Ja
18.11.2020	§ 86a StGB	Nein
26.11.2020	§ 185 StGB	Ja
04.12.2020	§ 130 StGB	Nein
09.12.2020	§ 86a StGB	Nein
11.12.2020	§ 185 StGB	Ja
12.12.2020	§ 86a StGB	Nein
<b>2021</b>		
03.01.2021	§ 86a StGB	Nein
04.01.2021	§ 130 StGB	Ja
07.01.2021	§ 86a StGB	Nein

15.01.2021	§ 86a StGB	Ja
19.01.2021	§ 130 StGB	Nein
20.01.2021	§ 130 StGB	Ja
22.01.2021	§ 86a StGB	Nein
25.01.2021	§ 130 StGB	Nein
08.02.2021	§ 86a StGB	Nein
12.02.2021	§ 130 StGB	Ja
25.02.2021	§ 86a StGB	Nein
25.02.2021	§ 86a StGB	Nein
01.03.2021	§ 130 StGB	Nein
01.03.2021	§ 130 StGB	Nein
04.03.2021	§ 130 StGB	Ja
12.03.2021	§ 241 StGB	Ja
19.03.2021	§ 86a StGB	Nein
31.03.2021	§ 86a StGB	Ja
01.04.2021	§ 86a StGB	Ja
02.04.2021	§ 86a StGB	Nein
07.04.2021	§ 130 StGB	Nein
08.04.2021	§ 130 StGB	Ja
20.04.2021	§ 86a StGB	Ja
21.04.2021	§ 223 StGB	Ja
24.04.2021	§ 130 StGB	Nein
24.04.2021	§ 86a StGB	Nein
27.04.2021	§ 130 StGB	Ja
11.05.2021	§ 130 StGB	Ja
15.05.2021	§ 86a StGB	Nein
16.05.2021	§ 130 StGB	Nein
16.05.2021	§ 86a StGB	Nein
18.05.2021	§ 130 StGB	Ja
21.05.2021	§ 86a StGB	Ja
21.05.2021	§ 86a StGB	Nein
24.05.2021	§ 86a StGB	Nein
25.05.2021	§ 130 StGB	Ja
29.05.2021	§ 86a StGB	Nein
31.05.2021	§ 130 StGB	Nein
02.06.2021	§ 86a StGB	Ja
18.06.2021	§ 86a StGB	Nein
18.06.2021	§ 86a StGB	Nein
21.06.2021	§ 130 StGB	Nein
22.06.2021	§ 130 StGB	Ja
22.06.2021	§ 130 StGB	Ja
24.06.2021	§ 130 StGB	Nein
30.06.2021	§ 130 StGB	Nein
06.07.2021	§ 130 StGB	Ja
13.07.2021	§ 86a StGB	Nein
17.07.2021	§ 130 StGB	Ja
19.07.2021	§ 130 StGB	Ja
24.07.2021	§ 187 StGB	Ja
05.08.2021	§ 86a StGB	Nein

06.08.2021	§ 130 StGB	Ja
06.08.2021	§ 130 StGB	Nein
10.08.2021	§ 130 StGB	Ja
14.08.2021	§ 86a StGB	Nein
13.09.2021	§ 86a StGB	Nein
17.09.2021	§ 130 StGB	Nein
19.09.2021	§ 130 StGB	Ja
20.09.2021	§ 86a StGB	Nein
01.10.2021	§ 86a StGB	Nein
05.10.2021	§ 86a StGB	Nein
14.10.2021	§ 86a StGB	Nein
27.10.2021	§ 130 StGB	Nein
29.11.2021	§ 86a StGB	Ja
03.12.2021	§ 86a StGB	Nein
06.12.2021	§ 86a StGB	Nein
06.12.2021	§ 86a StGB	Nein
13.12.2021	§ 86a StGB	Nein
21.12.2021	§ 86a StGB	Nein
21.12.2021	§ 86a StGB	Nein
27.12.2021	§ 130 StGB	Ja
<b>2022</b>		
19.01.2022	§ 86a StGB	Ja
24.01.2022	Versammlungsgesetz	Ja
25.01.2022	§ 86a StGB	Ja
26.01.2022	§ 86a StGB	Nein
26.01.2022	§ 86a StGB	Ja
28.01.2022	§ 86a StGB	Nein
28.01.2022	§ 86a StGB	Nein
07.02.2022	§ 130 StGB	Ja
11.02.2022	§ 86a StGB	Ja
14.02.2022	§ 86a StGB	Nein
15.02.2022	§ 130 StGB	Nein
17.02.2022	§ 86a StGB	Nein
19.02.2022	§ 130 StGB	Ja
04.03.2022	§ 130 StGB	Nein
07.03.2022	§ 130 StGB	Ja
08.03.2022	§ 86a StGB	Nein
10.03.2022	§ 130 StGB	Nein
16.03.2022	§ 86a StGB	Nein
18.03.2022	§ 86a StGB	Nein
21.03.2022	§ 130 StGB	Nein
27.03.2022	§ 86a StGB	Nein
12.04.2022	§ 86a StGB	Nein
16.04.2022	§ 86a StGB	Nein
16.04.2022	§ 86a StGB	Nein
21.04.2022	§ 130 StGB	Ja
21.04.2022	§ 140 StGB	Nein
26.04.2022	§ 86a StGB	Nein
01.05.2022	§ 86a StGB	Nein

04.05.2022	§ 140 StGB	Nein
08.05.2022	§ 130 StGB	Nein
08.05.2022	§ 86a StGB	Nein
09.05.2022	§ 86a StGB	Nein
09.05.2022	§ 86a StGB	Ja
09.05.2022	§ 86a StGB	Ja
16.05.2022	§ 86a StGB	Nein
18.05.2022	§ 86a StGB	Nein
21.05.2022	§ 86a StGB	Nein
28.05.2022	§ 86a StGB	Nein
30.05.2022	§ 130 StGB	Nein
31.05.2022	§ 86a StGB	Nein
01.06.2022	§ 130 StGB	Nein
04.06.2022	§ 86a StGB	Nein
05.06.2022	§ 241 StGB	Nein
19.06.2022	§ 86a StGB	Nein
19.06.2022	§ 111 StGB	Nein
21.06.2022	§ 192a StGB	Ja
22.06.2022	§ 86a StGB	Nein
24.06.2022	§ 86a StGB	Nein
04.07.2022	§ 86a StGB	Ja
04.07.2022	§ 86a StGB	Nein
05.07.2022	§ 86a StGB	Nein
09.07.2022	§ 86a StGB	Ja
17.07.2022	§ 86a StGB	Ja
19.07.2022	§ 130 StGB	Ja
20.07.2022	§ 130 StGB	Nein
20.07.2022	§ 86a StGB	Nein
25.07.2022	§ 241 StGB	Nein
29.07.2022	§ 86a StGB	Nein
03.08.2022	§ 130 StGB	Ja
03.08.2022	§ 86a StGB	Nein
05.08.2022	§ 86a StGB	Nein
11.08.2022	§ 86a StGB	Nein
12.08.2022	§ 86a StGB	Nein
19.08.2022	§ 130 StGB	Ja
21.08.2022	§ 86a StGB	Nein
25.08.2022	§ 130 StGB	Nein
27.08.2022	§ 89a StGB	Ja
27.08.2022	§ 123 StGB	Nein
28.08.2022	§ 86a StGB	Nein
30.08.2022	§ 86a StGB	Nein
01.09.2022	§ 86a StGB	Nein
14.09.2022	§ 86a StGB	Nein
21.09.2022	§ 86a StGB	Nein
13.10.2022	§ 130 StGB	Ja
23.10.2022	§ 130 StGB	Ja
26.10.2022	§ 86a StGB	Nein
28.10.2022	§ 223 StGB	Ja

29.10.2022	§ 86a StGB	Ja
03.11.2022	§ 86a StGB	Nein
03.11.2022	§ 86a StGB	Nein
04.11.2022	§ 86a StGB	Nein
06.11.2022	§ 86a StGB	Nein
07.11.2022	§ 86a StGB	Nein
09.11.2022	§ 130 StGB	Nein
09.11.2022	§ 86a StGB	Nein
19.11.2022	§ 185 StGB	Ja
22.11.2022	§ 86a StGB	Nein
28.11.2022	§ 86a StGB	Ja
28.11.2022	Sprengstoffgesetz	Ja
06.12.2022	§ 130 StGB	Ja
14.12.2022	§ 86a StGB	Nein
17.12.2022	§ 140 StGB	Ja
20.12.2022	§ 86a StGB	Nein
<b>2023 – bis einschließlich 3. Quartal</b>		
11.01.2023	§ 223 StGB	Ja
20.01.2023	§ 86a StGB	Ja
13.02.2023	§ 86a StGB	Nein
16.02.2023	§ 86a StGB	Ja
18.02.2023	§ 130 StGB	Ja
20.02.2023	§ 303 StGB	Nein
24.02.2023	§ 86a StGB	Ja
05.03.2023	§ 86a StGB	Ja
12.03.2023	§ 130 StGB	Ja
13.03.2023	§ 86a StGB	Nein
15.03.2023	§ 86a StGB	Nein
16.03.2023	§ 86a StGB	Nein
20.03.2023	§ 223 StGB	Ja
22.03.2023	§ 86a StGB	Nein
25.03.2023	§ 111 StGB	Ja
26.03.2023	§ 86a StGB	Nein
31.03.2023	§ 86a StGB	Nein
03.04.2023	§ 86a StGB	Nein
05.04.2023	§ 86a StGB	Nein
05.04.2023	§ 86a StGB	Nein
05.04.2023	§ 86a StGB	Nein
08.04.2023	§ 86a StGB	Ja
15.04.2023	§ 86a StGB	Nein
28.04.2023	§ 86a StGB	Nein
02.05.2023	§ 86a StGB	Nein
05.05.2023	§ 86a StGB	Nein
05.05.2023	§ 86a StGB	Ja
10.05.2023	§ 86a StGB	Nein
10.05.2023	§ 86a StGB	Nein
11.05.2023	§ 130 StGB	Ja
14.05.2023	§ 86a StGB	Nein
14.05.2023	§ 86a StGB	Ja

15.05.2023	§ 86a StGB	Nein
15.05.2023	§ 86a StGB	Nein
16.05.2023	§ 86a StGB	Ja
27.05.2023	§ 86a StGB	Nein
31.05.2023	§ 185 StGB	Ja
05.06.2023	§ 166 StGB	Ja
14.06.2023	§ 86a StGB	Ja
15.06.2023	§ 185 StGB	Ja
17.06.2023	§ 86a StGB	Nein
21.06.2023	§ 185 StGB	Ja
29.06.2023	§ 86a StGB	Nein
01.07.2023	§ 86a StGB	Nein
03.07.2023	§ 86a StGB	Ja
07.07.2023	§ 86a StGB	Nein
11.07.2023	§ 130 StGB	Ja
20.07.2023	§ 130 StGB	Ja
21.07.2023	§ 130 StGB	Ja
23.07.2023	§ 86a StGB	Ja
25.07.2023	§ 86a StGB	Ja
31.07.2023	§ 185 StGB	Ja
03.08.2023	§ 86a StGB	Ja
06.08.2023	§ 185 StGB	Ja
06.08.2023	§ 86a StGB	Ja
07.08.2023	§ 304 StGB	Nein
10.08.2023	§ 130 StGB	Nein
13.08.2023	§ 86a StGB	Nein
26.08.2023	§ 86a StGB	Ja

Aus den hier dargestellten Straftaten respektive der Straftatenentwicklung lässt sich keine konkrete Gefährdungslage, welche von rechtsextremen Personen und Personenzusammenschlüssen ausgeht, ableiten. Darüber hinaus liegen den Sicherheitsbehörden in Baden-Württemberg derzeit keine konkreten Erkenntnisse vor, welche über eine abstrakte Gefährdungslage durch das in Rede stehende Personenpotenzial hinausgehen.

*5. Welche Erkenntnisse hat sie über konkrete Verbindungen der rechtsextremen Personen und Personenzusammenschlüsse im Landkreis Ludwigsburg zu anderen rechtsextremen Akteuren und Aktivitäten landesweit, bundesweit und international?*

Zu 5.:

Allgemein sind starke Vernetzungsbestrebungen innerhalb der rechtsextremistischen Szene festzustellen. Diese haben sich, trotz eingeschränkter Möglichkeit realweltlicher Treffen während der Coronapandemie, durch die allgemein zunehmende Digitalisierung verfestigt.

Mitglieder rechtsextremistischer Parteien sind grundsätzlich mit Mitgliedern anderer regionaler Gruppen ihrer Partei vernetzt. Auch der Besuch rechtsextremistischer Veranstaltungen, wie Demonstrationen oder Musikveranstaltungen, tragen zu einer überregionalen Vernetzung bei. Diese Vernetzung nimmt seit Jahren zu und betrifft nicht nur die rechtsextremistische Szene in Deutschland, sondern reicht bis ins Ausland. Der verbindende Faktor zwischen den Rechtsextremisten verschiedener Länder ist die „weiße Rasse“ die es gegen Zuwanderung zu verteidigen gilt.

Im Hinblick auf eine Offenlegung weiterer Erkenntnisse des LfV ergibt eine sorgfältige Abwägung des verfassungsrechtlich zu gewährleistenden Informationsinteresses des Landtags mit dem öffentlichen Interesse an der Geheimhaltung von Informationen, dass dem Geheimschutz Vorrang vor dem Informationsanspruch zukommt. Diese Informationen sind im Hinblick auf die Aufgabenerfüllung des LfV schutzbedürftig. Eine Veröffentlichung würde Rückschlüsse auf die Arbeitsweise sowie die Erkenntnislage ermöglichen und somit die Arbeitsfähigkeit des LfV gefährden. So würde die Weitergabe dieser Informationen die eingesetzten Methoden der Nachrichtenbeschaffung offenbaren oder Rückschlüsse auf die Art nachrichtendienstlicher Zugänge ermöglichen.

Die Landesregierung hat in die Abwägung zudem einbezogen, ob andere Formen der Informationsübermittlung möglich sind, die das Informationsinteresse des Landtags unter Wahrung berechtigter Geheimhaltungsinteressen der Landesregierung befriedigen. Die erbetenen Informationen berühren jedoch derart die dargestellten schutzbedürftigen Belange, dass auch ein geringfügiges Risiko des Bekanntwerdens im Falle einer eingestuften Beantwortung der Fragen nicht hingenommen werden kann.

*6. Welche Erkenntnisse hat sie zu Szenetreffs und von Rechtsextremen genutzten Immobilien im Landkreis Ludwigsburg (unter Angabe von Ort, Art der szenerelevanten Nutzung und ggf. dort stattgefundenen Veranstaltungen, insbesondere Musikveranstaltungen)?*

Zu 6.:

Den Sicherheitsbehörden in Baden-Württemberg liegen keine Erkenntnisse zu einer von Rechtsextremisten genutzten Immobilie im Landkreis Ludwigsburg vor.

*7. Welche Erkenntnisse hat sie über Rechtsextreme im Landkreis Ludwigsburg, die sich offen als Szeneangehörige zu erkennen geben, insbesondere als Skinheads?*

Zu 7.:

Bis vor einigen Jahren stellten die Skinheads den Großteil des subkulturell geprägten Personenpotenzials dar. Dieses ist zwischenzeitlich – zumindest in Bezug auf das „skinheadtypische“ Erscheinungsbild – nahezu gänzlich aus der Öffentlichkeit verschwunden. In der Regel versuchen sich Rechtsextremisten in der Öffentlichkeit aufgrund der gesellschaftlichen Ächtung und Sorge vor Übergriffen durch Linksextremisten nicht als solche zu erkennen zu geben. Dementsprechend liegen den Sicherheitsbehörden in Baden-Württemberg keine Erkenntnisse im Sinne der Anfrage vor.

*8. Welche Botschaft möchten ihrer Meinung nach Personen vermitteln, wenn sie sich für jedermann offen als Anhänger rechtsextremistischer bzw. neonationalsozialistischer Gedankenguts zu erkennen geben?*

Zu 8.:

Das Kompetenzzentrum gegen Extremismus im Landeskriminalamt (konex) mit seinem Bereich „Angewandte Wissenschaft“ sowie das LfV betrachten und analysieren den jeweiligen Einzelfall anhand der Motivlagen unter Beachtung des Gesamtkontextes. Hieraus kann der Schluss gezogen werden, dass Aufmärsche rechtsextremistischer Gruppierungen oder Parteien eingesetzt werden, um Aufmerksamkeit zu generieren und Macht zu demonstrieren. Dadurch könnten extremistische Botschaften verbreitet, neue Mitglieder geworben und für Szenezugehörige identitätsstiftende Erlebnisse ermöglicht werden. Auf individueller Ebene könnte mit der öffentlichen Positionierung zum Beispiel die Zugehörigkeit zu einer Gruppe abgebildet und damit das individuelle Zugehörigkeitsgefühl gestärkt werden. Daneben könnte sie auch als Signal und Einschüchterungsversuch gegenüber ideologisch definierten Gegnern genutzt werden.

9. *Wie geht sie mit der rechtsextremen Szene im Landkreis Ludwigsburg um, insbesondere der offen auftretenden?*

Zu 9.:

Die rechtsextremistische Szene in Baden-Württemberg wird vom LfV gemäß dem gesetzlichen Auftrag bearbeitet. Im Rahmen der Bearbeitung findet eine ständige Priorisierung statt. Im Rahmen des gesetzlichen Auftrags unterrichtet das LfV zudem die Öffentlichkeit über verfassungsfeindliche Bestrebungen und trägt unter anderem mit Mitteln der Öffentlichkeitsarbeit, z. B. Handreichungen oder Pressemitteilungen, zur Aufklärung und Warnung von Bürgerinnen und Bürgern im Hinblick auf solche Bestrebungen bei.

Die Polizei verfolgt Straftaten oder Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung konsequent mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln. Dies betrifft auch die rechtsextreme Szene im Landkreis Ludwigsburg.

10. *Welche Maßnahmen will sie im Falle der Realisierung einer Landeserstaufnahmestelle in Ludwigsburg unternehmen, um angesichts möglicher rechtsextremer Aktivitäten vor Ort die Bewohner zu schützen und gesamtgesellschaftlichen Rückhalt für die LEA zu gewinnen?*

Zu 10.:

Der bauliche Schutz längerfristig genutzter Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge hat für das Land Baden-Württemberg eine hohe Priorität. Im Fokus stehen sowohl der Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner sowie der Bediensteten innerhalb der Erstaufnahmeeinrichtung und die Sicherung der Erstaufnahmeeinrichtung nach außen (Objektschutz) zur Verhinderung z. B. von Straftaten, wie etwa Brandstiftungen, Einbrüchen, Diebstählen oder Sachbeschädigungen.

Dabei setzt das Land auf möglichst einheitliche und angemessene Sicherheitsstandards, die Raum für orts- und objektbezogene Gegebenheiten lassen. Grundlage hierfür ist die landesinterne „Richtlinie für die bauliche Sicherung von Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge“ (RiSEA), in der neben Schutzziele auch konkrete Sicherungsmaßnahmen für Funktionsbereiche mit unterschiedlichen Schutzbedarfen festgelegt sind. Die Richtlinie ist bei Neu-, Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen für die Erstaufnahme von Flüchtlingen anzuwenden und wäre somit bei der Planung und Errichtung einer möglichen Landeserstaufnahmeeinrichtung in Ludwigsburg zu beachten.

Der Aufwand dieser Schutzmaßnahmen ist nach Lageentwicklung kontinuierlich zu überprüfen und entsprechend anzupassen. Hierbei werden die Entscheidungsträger nicht nur durch das Landeskriminalamt, sondern auch durch weitere kundige Stellen unterstützt. Je nach Fragestellung können dies der Landesbetrieb Vermögen und Bau, die örtlich zuständige Baurechtsbehörde, das regionale Polizeipräsidium oder die zuständigen Sicherheitsberater vor Ort sein. Diese Stellen gewährleisten durch regelmäßiges Monitoring die Umsetzung des baulichen Sicherungskonzepts und dessen Anpassung.

Für die Sicherheit in den Flüchtlings- und Asylbewerberunterkünften ist grundsätzlich der Träger verantwortlich. Gleichwohl trifft die Polizei des Landes, u. a. auf Basis regionaler Gefährdungserkenntnisse, alle erforderlichen polizeilichen Maßnahmen, um die Sicherheit der Bewohner einer LEA sowie der Bevölkerung zu gewährleisten. Dazu zählen beispielsweise offene und verdeckte Aufklärungs- und Präsenzmaßnahmen im Rahmen des täglichen Dienstes. Sobald eine neue Flüchtlings- oder Asylbewerberunterkunft eröffnet wird, findet grundsätzlich bedarfsmäßig eine Kontaktaufnahme des zuständigen regionalen Polizeipräsidiums mit den Objektverantwortlichen statt. Hierbei werden bspw. Meldewege und Ansprechpartner festgelegt.

Der gesamtgesellschaftliche Rückhalt kann über verschiedene sich ergänzende Maßnahmen erreicht werden. Hierbei spielt Transparenz eine wesentliche Rolle. Das Land informiert auf unterschiedlichen Wegen über die aktuelle Lage der Flüchtlingsaufnahme in Baden-Württemberg.

Über den beim Ministerium der Justiz und für Migration eingerichteten regelmäßig tagenden Stab Flüchtlingsaufnahme, erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit den Stadt- und Landkreisen sowie Städten und Gemeinden. Diese informieren ihrerseits vor Ort über die Lage und über getroffene Maßnahmen.

Das Land bietet zudem im Vorfeld seine Unterstützung bei der Durchführung von Bürgerbeteiligungsprozessen an. Die konkrete Ausgestaltung der Bürgerbeteiligung wird gemeinsam mit dem jeweiligen Landkreis, der Standortkommune beziehungsweise den angrenzenden Gemeinden mit Unterstützung des Staatsministeriums entwickelt.

Bürgerinnen und Bürger haben unter anderem auf der Homepage des Ministeriums der Justiz und für Migration Zugriff auf umfangreiche Informationen zum Thema Migration. Die FAQ zur Erstaufnahme beantworten beispielsweise die wichtigsten Fragen zum Ausbau und zu den Auswirkungen von Flüchtlingserstaufnahmeeinrichtungen.

Darüber hinaus besteht für die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, sich bei Fragen an Ansprechpartner, wie die Ombudsperson für die Flüchtlingsaufnahme oder den Bürgerreferenten, zu wenden. Im Übrigen wird über die üblichen Kanäle der Presse und Online-Medien über aktuelle Entwicklungen informiert.

Im laufenden Betrieb wird zudem über die örtliche, seitens des Landes geförderte, Sozial- und Verfahrensberatung das bürgerschaftliche Engagement unterstützt, koordiniert und in die Abläufe vor Ort eingebunden.

Strobl

Minister des Inneren,  
für Digitalisierung und Kommunen